

## C. 1. Weitere Angaben zum Unternehmen

- ☐ Ich nehme/Wir nehmen an der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen gemäß VO (EWG) Nr. 2078/92 und/oder VO (EG) Nr. 1257/1999 und/oder VO (EG) Nr. 1698/2005 in einem anderen Bundesland bzw. in einem anderen EU-Mitgliedsstaat teil und zwar:

\_\_\_\_\_  
(Bitte Kopie des Bewilligungsbescheides beifügen)

- ☐ Ich/wir erhalte/n für Einschränkungen der Nutzung (Bewirtschaftungsauflagen) auf meinen/unseren Flächen sonstige öffentlich-rechtliche Zuwendungen einschließlich Zuwendungen durch Träger der Wasserversorgung. **Kopien der entsprechenden Unterlagen (Bewirtschaftungsverträge, Zuwendungsbescheide etc.) liegen bei.**

Hinweis: Für Flächen, die als Kompensationsflächen, wie z. B. Ausgleichsflächen, Ökokontoflächen ausgewiesen sind, kann gemäß Nr. 5.6 der VV keine Förderung gewährt werden.

### Ist das Unternehmen Mitglied in einer Erzeugerorganisation für Obst und Gemüse:

- ☐ ja    ☐ nein

Wenn ja, bei welcher/n Erzeugerorganisation/en besteht die Mitgliedschaft?

\_\_\_\_\_  
Name/Anschrift der EZO

## 2. Als Anlagen sind beigelegt (Zutreffendes bitte ankreuzen) :

- ☐ Antrag Agrarförderung  
☐ Anlage 1 zum Antrag  
☐ Anlage - Karten im Maßstab 1: 5.000 und 1 Übersichtskarte  
(nur bei Programmteil IV/VN Grünland, Programmteil VII/VN Acker, Programmteil XI/VN Weinberg, Programmteil XIV/VN Streuobst)  
☐ Zeichnungen der Saum- und Bandstrukturen, der Ackerwildkräuter (sofern diese nur Teilflächen von Flurstücken ausmachen) und der Flurstücke mit den eingezeichneten Sonderstrukturen – bitte Vordruck Planskizze benutzen  
☐ Kopien zu Nr. 1  
☐ \_\_\_\_\_

## D. Hinweise

1. Der/Die Zuwendungsempfänger/in hat alle bisher erhaltenen Mittel unverzüglich zurückzuzahlen, wenn er/sie  
1.1 sie zu Unrecht erhalten und/oder  
1.2 sie durch falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben erlangt hat.
2. Im Falle der Ziffer 1.2 können dem Empfänger auch die Kosten von Kontrollmaßnahmen auferlegt werden.
3. Zurückzuzahlende Beträge sind nach den jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen zu verzinsen.
4. Für eine etwaige Kündigung des Bewirtschaftungsvertrages gilt § 1 Abs. 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) in Verbindung mit den §§ 54 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), für eine mögliche Aufhebung der aufgrund dieses Vertrages jährlich ergehenden Bewilligungsbescheide sowie der Rückforderung der Zuwendung nebst der Erhebung von Zinsen gelten zusätzlich die entsprechenden Bestimmungen der VO (EG) Nr. 1122/2009, § 1 LVwVfG in Verbindung mit den §§ 48 bis 49a VwVfG jeweils in der geltenden Fassung.
5. Der/Die Antragsteller/in ist verpflichtet, der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitzuteilen, wenn die für die Gewährung der Zuwendung maßgeblichen Umstände oder angegebenen Tatsachen sich ändern oder wegfallen.
6. Belege, die für die Festsetzung der Zuwendung von Bedeutung sind, sind mindestens sechs Jahre aufzubewahren.
7. **Die bewilligten investiven Maßnahmen in den Programmteilen IV, XI, XIV und XV werden im Bewirtschaftungsvertrag aufgeführt. Die Gesamthöhe der einmaligen Zuwendung für die v. g. investiven Maßnahmen wird von der Bewilligungsbehörde nach Vorlage des Verwendungsnachweises und des Sachberichts (siehe Anlagen) festgelegt.**
8. **Vorhaben der unter Nr. 7 aufgeführten investiven Maßnahmen, die vor der Bewilligung oder der Einwilligung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn begonnen wurden, werden von der Förderung ausgeschlossen. Hierbei gilt der Abschluss eines der Ausführung zugrunde liegenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kauf- oder Werkvertrag) als Beginn des Vorhabens.**